

FA-1-050 Die Zukunft des Landes familiengerecht gestalten

Antragsteller*in: Klaus Puchstein (KV Ahrweiler)

Änderungsantrag zu FA-1

Von Zeile 49 bis 51 einfügen:

mitzuteilen, dass sie schwanger sind und es Männern unangenehm ist, Elternzeit zu beantragen. Niemand soll sich für Familienzeit rechtfertigen müssen! Werden Menschen am Arbeitsplatz nach Ankündigung von Inanspruchnahme von Familienzeit in Worten oder Taten durch andere negativ behandelt, soll dies als Nötigung im strafrechtlichen Sinn verfolgt werden. Das Maß der Geringfügigkeit ist in jedem Fall überschritten. Solche Officialdelikte müssen geahndet werden. Vereinbarkeit bedeutet nicht, dass sich Familien der Arbeitswelt anpassen

Von Zeile 96 bis 97 einfügen:

dafür ein, dass, wer Pflegebedürftige unterstützt, eine dreimonatige Pflegezeit Plus mit Lohnersatzleistung erhält. Um Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern mit geringen personellen Reserven während der Elternzeit ihrer Beschäftigten zu unterstützen, streben wir an, in Zusammenarbeit mit den Kammern, Arbeitgebern und Gewerkschaften Konzepte für entsprechende qualitative Vertretungen in den Betrieben zu entwickeln.

Von Zeile 107 bis 108 einfügen:

Aufgaben. Beide Partner*innen sollen wirtschaftlich unabhängig sein, damit sie selbstbestimmt leben können – auch im Alter. Rentenbeitragszahlungen während der Arbeitszeitreduzierungen entsprechend den letzten gezahlten Leistungen müssen vom Staat ausgeglichen werden, um künftige Rentenlücken zu vermeiden. Die Rentenversicherungsträger sind über jede Geburt zu informieren. Sie müssen verpflichtet werden, die Rentenbeitragsleistung der Eltern zu überprüfen. Bei unterdurchschnittlichen Rentenbeitragsleistungen muss eine Beratung der Eltern stattfinden. In sozial schwierigen Fällen müssen in Zusammenarbeit mit allen zuständigen Behörden Lösungswege gesucht werden, um die Rentenbeitragsleistung dem Durchschnitt anzupassen. Zielsetzung ist die langfristige Minimierung des Personenkreises, die in der Rentenzeit Grundsicherungsleistungen beantragen müssen.

Begründung

Zu negative Behandlung nach Inanspruchnahme von Familienzeit:

Es muss sehr deutlich werden, dass es sich hier keineswegs um Kavaliersdelikte oder übliche Methoden in der Grauzone in Betrieben handelt. Die konsequente strafrechtliche Verfolgung soll aufzeigen, dass die Gesellschaft durch solches Verhalten insgesamt Schaden erleidet, nicht nur ethisch sondern auch materiell, wenn Menschen auf Elternschaft verzichten. Die nonchalante Behandlung der Vergehen bei VW beispielsweise zeigt auf, dass kriminelle Energie immer noch sehr unterschiedlich betrachtet wird.

Zu Unterstützung von Betrieben während Familienzeiten

In RLP stützt sich die Wirtschaft zum allergrößten Teil auf Betriebe mit < 10 MitarbeiterInnen. Gleichzeitig beschäftigen sie die meisten Menschen. Solchen Kleinbetrieben drohen bei Ausfall kompetenter Betriebsangehöriger Umsatz- und Gewinneinbußen. Das muss unbedingt vermieden

werden. Eventuell müssen wir hinzusetzen, dass die Ankündigung von Inanspruchnahme von Familienzeiten zum frühestmöglichen Zeitpunkt erfolgen muss.

Rentenbeitragszahlungen

Als Mitglied im Seniorenbeirat und im Kreisrechtsausschuss werde ich ständig mit Fällen im Bereich der Grundsicherung befasst. Allen ist bekannt, wie knauserig die Gesetzgebung und oft auch die zuständigen Behörden sind. Bei der gegenwärtigen Entwicklung rechne ich mit einem Absinken der durchschnittlichen Lebenserwartung in Deutschland auf Grund der Armutsfälle. Wenn dies nachhaltig behoben werden soll, müssen wir mit allen Mitteln langfristig im Vorfeld die Rentenbeitragsleistungen so gestalten, dass die Anzahl der Grundsicherungsfälle deutlich gesenkt wird.